

Interfraktioneller Antrag
MITGLIEDER DES WÜRZBURGER STADTRATES

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
Stadt Würzburg

Fachbereich Zentraler Service

15. Juli 2019

Würzburg, den 12. Juli 2019

Interfraktioneller Antrag: Beitritt zur Initiative „Seebrücke schafft Sichere Häfen“

Anlage: Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“ vom 03.06.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mehrere deutsche Städte wie Düsseldorf, Köln, Bonn und Potsdam haben bereits seit letztem Jahr ihre Kommunen zu „Sicheren Häfen“ für in Seenot geratene Geflüchtete erklärt. Aus Bayern sind die Städte Regensburg, Erlangen und Aschaffenburg schon der Initiative „Sichere Häfen“ beigetreten.

Website: <https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/>

Gerade die jüngsten Ereignisse um die „Sea-Watch 3“ vor der Insel Lampedusa zeigen, dass die Aufnahme der aus Seenot geretteten Menschen leider noch immer ein dringendes Problem ist. Weiterhin weigern sich neben Italien weitere EU-Staaten, den Flüchtlingen den notwendigen Schutz zukommen zu lassen. Die EU-Flüchtlingspolitik lässt nicht erkennen, dass in absehbarer Zeit humane und solidarische Lösungswege gefunden werden.

Unsere Europastadt Würzburg hat bis heute in der Flüchtlingskrise große Zeichen der Humanität und Solidarität gesetzt. Dem sehr gut aufgestellten Sozialreferat ist es gelungen, die Anforderungen durch den Zuzug von Geflüchteten seit 2015 erfolgreich zu bewältigen.

Wir begrüßen und unterstützen Ihren Vorstoß, unsere Stadt in das Netzwerk „Sicherer Hafen“ der Organisation Seebrücke aufzunehmen, über den Sie die Öffentlichkeit in der Stadtratssitzung am 4. Juli informierten.

Um diesem Beitritt zum Netzwerk „Sichere Häfen“ entsprechenden Nachdruck zu verleihen, wollen wir diesen mit folgendem Beschluss des Würzburger Stadtrates bekräftigen, um so zu dokumentieren, dass der beschrittene Weg vom Stadtrat ausdrücklich getragen wird.

Daher stellen die Unterzeichnenden den folgenden **Interfraktionellen Antrag**:

Die Stadt Würzburg erklärt den Beitritt zur Initiative „Seebrücke schafft Sichere Häfen“ und unterstützt die Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Antonino Pecoraro Patrick Friedl Barbara Lehrieder Matthias Pilz
Stadtrat Stv. Fraktionsvors. Fraktionsvorsitzende Fraktionsvorsitzender
auch namens der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Stadtratsfraktion

Alexander Kolbow Hans Werner Loew Joachim Schulz Jutta Henzler Udo Feldinger
Fraktionsvorsitzender Stadtrat Stadtrat Stadträtin Stadtrat
auch namens der SPD-Stadtratsfraktion

Josef Hofmann
Fraktionsvorsitzender
auch namens der FWG-Stadtratsfraktion

Raimund Binder Christiane Kerner
Fraktionsvorsitzender Stadträtin
ÖDP-Stadtratsfraktion

Hans-Jürgen Weber Anke Wohlfart Ingo Klünder
Fraktionsvorsitzender Fraktionsvorsitzende Stadtrat
WL--Stadtratsfraktion

Sebastian Roth
Stadtrat
Die Linke

Wolfgang Baumann
Stadtrat
ZfW

öffentlich

Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem *Königsteiner Schlüssel* durch einen zu vereinbarenden *zusätzlichen Schlüssel* geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06. 2019
Die Städte Sicherer Häfen

Für die „Städte Sicherer Häfen“: Landeshauptstadt Potsdam/ Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam,
Friedrich-Ebert-Str. 79 – 81, 14469 Potsdam, [tolerantespotsdam\[at\]rathaus.potsdam.de](mailto:tolerantespotsdam[at]rathaus.potsdam.de)